



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/65 - 13.4.54
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Enttäushtes Berlin	S. 1
England und die H-Bombe	S. 3
CDU-Kritik an Würmeling	S. 5

Zu wenig für die heimliche Hauptstadt

(sp) Es sieht fast so aus, als werde jetzt in der ohnehin nicht erfreulichen Geschichte der Beziehungen zwischen der neuen Bundes- und der alten Reichshauptstadt ein besonders trübes Kapitel aufgeschlagen. Bei der Beratung des Einzelplanes "finanzielle Hilfe für Berlin" kam es kürzlich im Bundestag zu einer Kampfabstimmung. Mit 202 : 151 Stimmen wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Opposition abgelehnt, die Bundeszuschüsse für Berlin von 710 auf 800 Millionen zu erhöhen. Das war ein weithin sichtbares Zeichen und zugleich ein gewisser Abschluß einer immer mehr gesunkenen Bundesbereitschaft, Berlin in seinem schweren Existenzkampf wirksam beizustehen.

Das Verhalten der Koalitionsmehrheit, von der sich freilich eine Anzahl von Abgeordneten ausnahm, war umso befremdlicher, als der Bundeskanzler nach der Berliner Konferenz in Berlin selbst vor der deutschen und der Weltöffentlichkeit ein feierliches Bekenntnis unlösbarer Verbundenheit und praktischer Hilfsbereitschaft abgelegt hatte. Es war deshalb kein Wunder, daß in der Berliner Koalition, die von CDU und FDP, also den gleichen Parteien wie die Bonner Regierung, gebildet wird, alsbald eine heftige Revolte über diese zynische Verleugnung eben noch großartig verkündeter Grundsätze ausbrach. Zuerst und mit erheblicher Lautstärke bei der FDP, die ja auch in Bonn manches

gegen ihren übermächtigen Partner vorzubringen hat, der dann die CDU etwas schüchtern folgte, indem sie den besonderen Vertrauten Adenauers den Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, von Brentano, "um Unterstützung bitten" ließ.

Das alles geschieht, während in Bonn und Umgebung Riesentauten wie Pilze aus dem Boden schießen, vielstöckige Stahl- und Betonkolosse, wie für die Ewigkeit errichtet. Die Absicht, aus dem Bonner Provisorium etwas Endgültiges werden zu lassen, drängt sich besonders dem gelegentlichen Besucher von Bonn, der noch nicht in der ganzen Atmosphäre dieser Stadt aufgegangen ist, geradezu auf. 600 Millionen DM hat der Bund bisher für diese Zwecke investiert und niemand vermag zu sagen, wie hoch der Endbetrag einmal sein wird. Hier wird ein so klaffender Widerspruch zwischen dem, was in Bonn geschieht und dem, was so oft von Bonn versprochen wird, sichtbar, daß er auch dem bravsten Staatsbürger der Bonner Republik Unbehagen bereiten muß.

Solange Ernst Reuter lebte, war es eine in internen Gesprächen immer wiederkehrende Behauptung aus Kreisen der Bonner Koalitionsparteien und ihrer Berliner Freunde, Berlin habe es deshalb so schwer, Bundeshilfe zu erhalten, weil der sozialdemokratisch geführte Senat "natürlicherweise" bei der CDU-geführten Bundesregierung auf mehr Schwierigkeiten stoße, als das bei einer zu Bonn gleichgeschalteten Senat der Fall sein würde. Andererseits erzwang die unbestrittene Weltgeltung Ernst Reuters doch noch von Fall zu Fall ein größeres Entgegenkommen an die Bedürfnisse Berlins, als es wohl so manches Mal ursprünglich in Bonn vorhanden war. Diese Überlegung ist mit dem Tode des früheren Regierenden Bürgermeisters entfallen. Hinzu kommt die bekannte Neigung des Bundeskanzlers - der sich ja auch in Berlinfragen immer eine gewisse Federführung vorbehalten hat - gerade auch Einwände aus den eigenen Reihen sehr souverän zu behandeln.

Es ist leider zu befürchten, daß bei der besonderen Stellung Berlins als Vorposten der freien Welt die reservierte Hilfsbereitschaft von Regierung und Bundestagsmehrheit auch im Ausland einen recht ungünstigen Eindruck macht, vor allem auch dort, von wo in den letzten Jahren reichliche Hilfe nach der heimlichen Hauptstadt Deutschlands geflossen ist. Diese Hilfe wird sich aber auf die Dauer nur aufrecht erhalten lassen, wenn die Bundesregierung selbst überzeugende Beweise ihres eigenen Willens gibt, stärker als es bisher geschah, mit Taten (und sei es auch auf Kosten einiger feierlicher Deklarationen) zu helfen.

Labour spricht für Großbritannien

F.S.-London

In einem in dieser Woche erschienenen Buch, das auch vom arani-Verlag herausgegeben wird, veröffentlicht der Führer der britischen Arbeiterpartei, Clement Attlee, seine Lebenserinnerungen. Er erwähnt in diesem Buch eine Reise nach Washington, die er als Ministerpräsident im Dezember 1950 antrat, als sich die MacArthur-Krise auf dem Höhepunkt befand. Attlee "fand allgemeines Verständnis für die britische Position und Übereinstimmung in der Auffassung, eine Ausdehnung des Krieges im Fernen Osten zu verhindern". In einer allzu großen Bescheidenheit und Zurückhaltung, die sich durch alle Kapitel zieht und vieles unausgesprochen läßt, was die Labour-Regierung unter seiner Leitung auch auf außenpolitischem Gebiet erreichte, verschweigt Attlee eine Tatsache, die erst viel später und zufällig bekannt wurde, als sie der Generalsekretär der Labour Party, Morgan Phillips, während einer Pressekonferenz erwähnte. Auf die Frage eines Journalisten, wodurch Attlee den Weltfrieden gerettet habe, stellte Phillips fest, daß es dem Einfluß Attlees während seiner Verhandlungen in Washington gelungen sei, den Abwurf der Atombombe in Korea zu verhindern.

Nach den scharfen Erklärungen des amerikanischen Außensekretärs Dulles zur Lage in Indochina und im gesamten Fernost-Gebiet wenige Wochen vor der Genfer Konferenz und nach der Explosionen der Wasserstoffbombe, hat die Labour Partei auch diesmal ihren Einfluß geltend gemacht. Auf ihre Empfehlung nahm das Unterhaus einstimmig einen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wurde, auf die sofortige Einberufung einer Konferenz der drei Regierungschefs Churchill, Eisenhower und Malenkow hinzuwirken. Herbert Morrison hat zwar Winston Churchill zugestanden, daß der Zeitpunkt nach taktischen Erwägungen erfolgen könne, aber in Anbetracht der außerordentlichen Wirkung, die die Rede Attlees in allen Teilen der Bevölkerung fand, wird die Regierung nicht lange in der Lage sein, den Zeitpunkt für ihre Schritte hinauszuschieben. Am Wochenende fanden sich bereits im Unterhaus 300 Delegierte, Abgeordnete, Vertreter der Gewerkschaften, der Kirchen und von kulturellen Organisationen zusammen, die eine über das ganze Land reichende Aktion einleiteten, in der gegen die Verwendung der Wasserstoffbombe protestiert wird.

Nicht etwa der auch von seinen Freunden so verurteilte Versuch Sir Winstons, einer von der gesamten Bevölkerung Großbritanniens getragenen und vom Oppositionsführer vertretenen Meinung parteipolitischen Ausdruck zu verleihen, war das wesentliche Merkmal dieser parlamentarischen Auseinandersetzung; viel ernster ist die Tatsache zu beurteilen, daß der britische Ministerpräsident zugab, weder in der Lage zu sein, noch den Willen zu haben, den amerikanischen Verbündeten um Orientierung über die Atompolitik zu bitten oder ihn in seinen Entscheidungen zu beeinflussen. Diese Zurückhaltung wirkt umso befremdlicher, als es während der Labour-Regierung und vor den Wahlen ein beliebtes Schlagwort der Konservativen war, auf die Unfähigkeit Labours hinzuweisen, mit Washington in ein Vertrauensverhältnis zu kommen, das lediglich Sir Winston bringen könnte.

Seit 1946 haben die USA, erstmalig durch den Baruch-Plan, den Vorschlag einer internationalen Atom-Kontrolle gemacht. Während der Pariser Tagung der UNO 1951 haben die drei Westmächte einen ähnlichen Vorschlag an die Sowjets gerichtet, auf den Wischinsky seine bekannte Antwort gab: "Ich konnte nachts nicht schlafen, weil ich dauernd über ihn lachen mußte". Präsident Eisenhower hat Ende vorigen Jahres dem Kroml erneut eine internationale Kontrolle und Gespräche im vertraulichen Rahmen angeboten. Bisher sind es die Sowjets gewesen, die einer internationalen Kontrolle der Atomenergie ablehnend gegenüber standen.

Bertrand Russel, der größte lebende, britische Philosoph, der schon vor Jahren im Oberhaus die Gefahren der Atomentwicklung voraussagte, hat kürzlich in einem Interview festgestellt, "daß die Russen eine krankhafte Angst vor einer Kontrolle haben. Wir müssen ihnen dazu verhelfen, diese Furcht zu überwinden". Nach den Verhandlungen in Berlin war das Unterhaus schnell bereit, zu glauben, daß eine Einigung mit den Sowjets über den europäischen Sektor nicht zu erreichen sei und alle Parteien haben sich in diesem Zusammenhang für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ausgesprochen. Es erscheint unvorstellbar, daß die britischen Diplomaten und Parlamentarier eine in diese Richtung gehende Politik verfolgen können, wenn der vom Unterhaus angenommene Antrag Labours zu Verhandlungen zwischen den Großmächten führt.

+ + +

"Volkszensur" auf "familiären Filzpantoffeln"

-tt - Des Bundesfamilienministers Dr. Würmeling Erfindung von der "Volkszensur" beginnt nun auch schon so weiten Kreisen der CDU selbst auf die Nerven zu fallen, daß jetzt sogar die "Kölnische Rundschau", die als Hausblatt des Kanzlers geltende CDU-Zeitung, von diesem "traurigen Gespenst", wie sie es unfreundlich nennt, abgedrückt ist. Die Zeitung wirft dem "Familienvater" sogar vor, daß er es in der Bundestagsdebatte, in der seine "Volkszensur" von der SPD und der FDP aufgespießt worden ist, trotz mehrmaliger Aufforderung unterlassen habe, diese seine Erfindung zu präzisieren.

Es wird Herrn Dr. Würmeling wenig gefallen, daß des Kanzlers Hausblatt ihm völlig den Boden unter den Füßen wegzieht. Der mögliche Hinweis auf eine etwaige "Volkszensur", die durch die entsprechenden Institutionen der beiden Kirchen geübt werden könnte, wird von der CDU-Zeitung sofort selbst abgelehnt, weil diese "Zensur" bis zu einem gewissen Grade gelenkt sei. So bliebe also als demokratisch verstandene "Volkszensur" wirklich nur die freie Entscheidung der Kinobesucher. Und dazu stellte die Kölner CDU-Zeitung fest, daß der gute Film sich selbst schon Werbung genug sei, während sich der schlechte eben dem schlechten Geschmack des Publikums anpasse. Wenn aber der schlechte Film so viel Anklang finde, dann könne es mit der freien "Volkszensur" nicht weit her sein, und Herr Würmeling hätte demnach das Wort von der "Volkszensur" besser nicht gesprochen, da er doch auch sicher wissen werde, daß Dramatik in Bild und Ton selten "in familiären Filzpantoffeln" einhergehe.

Herr Dr. Würmeling hat aber ein so dickes Fell - er selber spricht von einem Dackkopf - daß ihn auch diese harte Zurechtweisung durch ein offizielles CDU-Blatt nicht mehr zu berühren scheint. Jedenfalls hat er bei seiner jüngsten Sonntags-Rede in Regensburg allen seinen Gegnern den "Kampf" angesagt, in welchem Lager auch immer sie sich befinden. Nachdem er mit dem ihm eigentümlichen peinlichen Humor festgestellt hatte, ohne die Prügel seines bayerischen Kinderfräuleins wäre er niemals Bundesminister geworden, erklärte Herr Dr. Würmeling, die "Hüter der Unsittlichkeit" würden sich damit abfinden müssen, daß er seine Ansicht so lange vertrete, bis das "Monopol der anderen Seite" endgültig gebrochen sei.

Uns scheint, Herr Dr. Würmeling hat mit dieser Regensburger Rede den Schritt zur Lächerlichkeit endgültig getan. Die "Hüter der Unsittlichkeit", worunter dieser querköpfige Minister offenbar alle Mitmenschen versteht, die keine familiären Filzpantoffeln in Bild und Ton mögen und gegen raffiges Denken und Fühlen sind, werden die "Kampf-ansage" des Herrn Würmeling zu ertragen wissen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raanau